

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)*

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen

A3: Schnellere Unterstützung der Beitrittskandidaten des Westbalkan, hegemoniale Dominanz und Einmischung unterbinden

Antragstext

1 Seit den Jugoslawienkriegen hegt Serbien Anspruch darauf, dass alle Serben in
2 einer „serbischen Welt“ in einem Staat leben. Weiterhin erkennt Serbien Kosovo
3 nicht an, die Republika Srpska sucht den Anschluss an Serbien, Kroatien strebt
4 eine Revision des Abkommens von Washington (1994) und Dayton-Paris (1995) in
5 Bosnien und Herzegowina und strebt dort die Erweiterung des Einflusses an,
6 Bulgarien des Ohrider Abkommens (2001) in Nordmazedonien. Die fragile Lage auf
7 dem Westbalkan droht aufgrund von geopolitischer Unsicherheit erneut zum
8 Krisenherd zu werden.

9 Die Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina 1995, Kosovo 1999 und Mazedonien
10 2001 wurden unter dem Druck der USA geschlossen und haben lange Zeit den Frieden
11 in der Region garantiert. Die EU hat zwei Mandate - die EUFOR-Mission Althea in
12 Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo - um den Frieden in Südosteuropa zu
13 sichern. Nach dem russischen Angriff in der Ukraine haben die EU und die USA
14 ihre Truppen verstärkt, um eine Destabilisierung zu verhindern. Die mögliche
15 Wahl von Donald Trump bereitet Sorgen über die Stabilität der
16 Sicherheitsgarantien der USA. Die US-Truppen spielen durch den Stützpunkt Camp
17 Bondsteel eine besondere Rolle, um die UN-Mandate tiefergehend abzusichern.
18 Solange der Stützpunkt erhalten bleibt, wird erwartet, dass es keine
19 militärische Intervention oder Sezessionen in den Balkanstaaten geben wird. Ein
20 möglicher Rückzug durch Donald Trump könnte jedoch zu einer Eskalation der Lage
21 führen. Umso wichtiger wird es sein, dass der Frieden in der Region auch ohne
22 die USA ausreichend gesichert wird.

23 Neben der militärischen Sicherheit muss auch die zivilgesellschaftliche
24 Perspektive durch einen schnelleren Beitrittsprozess in die EU verstärkt werden.
25 Politisch ist der EU das Risiko bewusst und hat daher auch Bosnien und

26 Herzegowina den Status eines Beitrittskandidaten verliehen.
27 Russische Desinformation und hegemoniale Interessen beeinflussen jedoch die
28 Gesellschaft durch extremistische Parteien. Einige EU-Staaten, wie Ungarn oder
29 jetzt auch die Slowakei, könnten russische Interessen in den Vordergrund
30 stellen. Serbien und die Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina vertreten
31 ebenfalls eine pro-russische Haltung, die sich negativ auf die Verhandlungen zum
32 EU-Beitritt auswirken. Die EU steht dabei vor dem Dilemma, die demokratische
33 Transformation (schneller) einzufordern, die durch die serbische Haltung sowohl
34 die eigene Aufnahme als auch die Aufnahme weiterer Beitrittskandidaten
35 blockiert. Diesbezüglich bedarf es eines neuen Konzeptes, da auch die intensiven
36 Bemühungen der EU um die Anerkennung des Kosovos durch Serbien gescheitert sind.

37 Die EU hat in der Vergangenheit falsche Signale gesetzt, als sie sich von einem
38 „Wandel durch Handel“ Verhaltensänderungen Serbiens erhoffte. 2023 drängte die
39 EU Serbien zur De-facto-Anerkennung des Kosovo und vernachlässigte dabei mehrere
40 gewalttätige Ereignisse wie die Ausschreitungen gegen die KFOR-Truppen, den
41 Aufmarsch an der Grenze zum Kosovo oder den serbischen Terroranschlag auf
42 Banjska. [\[1\]](#)

43 Die Vertreter der Republika Srpska haben durch ihr politisches Verhalten keine
44 Anzeichen für eine schnelle EU-Integration gezeigt, im Gegenteil arbeiten sie an
45 der Zerstörung des Staates um sich der „serbischen Welt“, einem Großserbien
46 anzuschließen. Damit hat Milorad Dodik in Bosnien und Herzegowina gegen das
47 Friedensabkommen von Dayton verstoßen, indem er secessionistische Gesetze
48 erlassen oder Einreiseverbote gegen den Hohen Repräsentanten verhängt hat.
49 Politische Vertreter nutzen dabei Freiräume, die ihnen der autonome Status
50 zubilligt, um ihre persönliche Macht durch Korruption anzureichern und
51 geopolitische Interessen zu bedienen. Diese nachsichtige Reaktion auf
52 nationalistische Interessen kann von einer EU-Kommission nicht toleriert werden.
53 Es müssen strengere und schnellere Sanktionen gegen diejenigen verhängt werden,
54 die Wahlen manipulieren, Gewalt anwenden, terroristische Anschläge ausüben oder
55 multiethnische Staaten wie Kosovo und Bosnien und Herzegowina zersetzen. Ein
56 Appeasement, das die Täter nur zu weiteren destruktiven Aktionen ermuntert, muss
57 verhindert werden. Über solche Maßnahmen Deutschlands und der EU ließe sich ein
58 schnellerer Beitritt der Westbalkanstaaten befördern und hegemoniale Dominanz
59 und Einmischung unterbinden.

60 Für Bosnien und Herzegowina gilt: Die Rolle der Republika Srpska lässt sich mit
61 der vermeintlichen Sezessionisten im Donbas vergleichen. Zu Recht hat die
62 Ukraine das Minsker Abkommen abgelehnt, das einer von Russland inszenierten
63 Minderheit das Recht auf Mitbestimmung und Mitwirkung im Sinne einer
64 Selbstverwaltung einräumen sollte. Es ging darum, Entscheidungen auf staatlicher
65 Ebene zu blockieren und letztlich eine Sezession zu erreichen.

66 Vor etwa 20 Jahren hoffte man durch das Friedensabkommen von Dayton, die
67 Kriegsparteien durch das Konzept der Entitätsbildung zu befrieden und zu
68 vereinen. Aber leider ist dies nicht gelungen und bedarf einer Überarbeitung.
69 Aus ähnlich gelagerten Gründen will das Kosovo keine Selbstverwaltungsrechte für
70 die serbische Minderheit im Norden einführen und blockiert an dieser Stelle eine
71 Einigung mit Serbien.

72 Aber auch die radikal-völkische Kroatenpartei HDZ BiH von Dragan Covic
73 untergräbt die Funktionalität der gesamtstaatlichen Institutionen, indem sie,
74 unterstützt von der politischen Führung in Kroatien eine dritte, kroatisch
75 dominierte Entität in Bosnien und Herzegowina fordern. Für diese Interessen ließ
76 sich sogar der OHR Christian Schmidt einbinden und nutzt die ihm vergebenen
77 „Bonn Power“ für mehrere Wahlinterventionen, um der HDZ BiH entgegenzukommen.
78 Solchen Bestrebungen dürfen wir nicht nachgeben.

79 Auch wenn das Friedensabkommen den Erhalt des Staates von Bosnien und
80 Herzegowina garantiert und weitere kriegerische Auseinandersetzungen beendet
81 hat, hat es kritisch betrachtet den Konflikt lediglich eingefroren und die
82 ethnische Teilung in der Verfassung von Bosnien und Herzegowina verankert.
83 Insofern muss das Abkommen zu einem echten Frieden unter den Nachbarstaaten
84 weiterentwickelt werden, bei dem die Sicherheit nicht mehr durch UN-Truppen
85 abgesichert werden braucht. Das Dayton-Abkommen braucht auf mehreren Ebenen
86 weitere Anstöße: 1.) Kroatien und Serbien verpflichten sich dabei, jegliche
87 Ansprüche und hegemonialen Einmischungen zu unterlassen 2.) die internen
88 Diskriminierungen werden beendet und 3.) wird eine nachhaltige diplomatische
89 Offensive seitens der EU/USA erforderlich.

90 In dem Kontext ist es wichtig zu betonen, dass der Bosnienkrieg 1992-95 kein
91 Bürgerkrieg war, "sondern ein internationaler bewaffneter Konflikt, in dem die
92 politische Führung der Nachbarländer eine entscheidende Rolle spielten." [\[2\]](#)
93 Daher sind negative außenpolitische Einflüsse in die inneren Angelegenheiten
94 Bosnien und Herzegowinas umgehend zu unterbinden, um eine Destabilisierung oder
95 Eskalation zu verhindern. Die europäische Kommission hat solche Entwicklungen
96 sorgfältig zu verfolgen und zu sanktionieren, da diese eine Weiterentwicklung
97 aus der Gesellschaft heraus verhindern, um Probleme selbstbestimmt in die Hand
98 zu nehmen.

99 Problematisch ist die ethnische Zementierung und Diskriminierung durch Dayton.
100 Zahlreiche Minderheiten, jüdische Minderheiten oder Roma, sowie Bürger*innen,
101 die sich nicht in eine ethnische Kategorie einordnen wollen, können sich nicht
102 zur Wahl zum Präsidenten aufstellen lassen, da diese Posten ausschließlich den
103 drei "konstitutiven Völkern" vorbehalten sind. Selbst die staatstragenden
104 Ethnien können sich nicht zur Wahl aufstellen lassen, wenn sie in Gebieten
105 wohnen, in denen sie nicht zur Entität gehören.

106 Um die innere ethnische Aufspaltung und Diskriminierung zu überwinden, müssen
107 wir eine glaubwürdige Politik der EU einfordern. Deutschland und die europäische
108 Kommission müssen eine stärkere Rolle Haltung in Bezug auf die Menschenrechte
109 einnehmen und den Prozess flankierend unterstützen.

110 [\[1\]](#) Möglicherweise glaubt sich Serbiens Präsident Vucic durch Waffenexporte an
111 die Ukraine eine solche Vorgehensweise herausnehmen zu können, da er ansonsten
112 eine enge Verbindung zu Russland pflegt.

113 [\[2\]](#) Tobias Flessenkemper: Westbalkan. Jahrbuch der Europäischen Integration
114 2023, S. 443.